

## „Was wollt Ihr eigentlich?“ – Versuch einer Analyse

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der 6. wirtschaftspolitischen Gespräche des  
Ostinstituts Wismar

Autoren: Hans-Joachim Schramm, Andreas Steininger <sup>1</sup>

Stand: 15.12.2016

### Inhaltsverzeichnis:

- A. Einleitung
- B. Zur Politik
- C. Die Wirtschaft und ihre Verbände
- D. Die Wissenschaft
- E. Ergebnisse

### A. Einleitung

Will man das reiche Material, das die 6. Wirtschaftspolitischen Gespräche des Ostinstitutes Wismar zutage gefördert haben,<sup>2</sup> analysieren, so gilt es, die Fakten von Meinung zu trennen und die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Ansichten herauszuarbeiten. Dabei war das Besondere der Gespräche, dass Repräsentanten sowohl der verschiedenen Akteure auf diesem Gebiet, nämlich Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, als auch der unterschiedlichen Meinungen innerhalb der Akteure zusammengekommen sind und die Möglichkeit hatten, ihre Positionen im Hinblick auf Russland vorzustellen und zu diskutieren. Ziel der Veranstaltung war, ein umfassendes Meinungsbild der in Deutschland zum Thema Russland vertretenen Ansichten zu erhalten.

---

Zitierweise: Schramm H.-J., Steininger A., Was wollt Ihr eigentlich? – Versuch einer Analyse, O/L-3-2016, [http://www.ostinstitut.de/documents/Schramm\\_Steininger\\_Was\\_wollt\\_Ihr\\_eigentlich\\_Versuch\\_einer\\_Analyse\\_OL\\_3\\_2016.pdf](http://www.ostinstitut.de/documents/Schramm_Steininger_Was_wollt_Ihr_eigentlich_Versuch_einer_Analyse_OL_3_2016.pdf).

<sup>1</sup> Dr. Hans-Joachim Schramm, Prof. Dr. Andreas Steininger, Ostinstitut Wismar.

<sup>2</sup> [http://www.ostinstitut.de/documents/Steininger\\_Was\\_wollt\\_Ihr\\_eigentlich\\_ein\\_Bericht\\_von\\_den\\_6\\_wirtschaftspolitischen\\_Gesprchen\\_vom\\_22\\_September\\_2016\\_in\\_Berlin\\_OL\\_3\\_2016.pdf](http://www.ostinstitut.de/documents/Steininger_Was_wollt_Ihr_eigentlich_ein_Bericht_von_den_6_wirtschaftspolitischen_Gesprchen_vom_22_September_2016_in_Berlin_OL_3_2016.pdf).

## B. Zur Politik

Das erste Panel zur Politik wurde vom Vertreter des Auswärtigen Amtes Andreas Peschke eingeleitet. Entsprechend seiner Rolle als Diplomat versuchte er es zu vermeiden, eine exponierte Position für oder gegen Russland einzunehmen. Bemerkenswert war aber insoweit seine Analyse der Motive der russischen Politik. Der von Teilen der Wissenschaft vertretene Ansatz, diese entstammten dem Machterhaltungstrieb der russischen Eliten und seien expansiv, scheint im Auswärtigen Amt wenige Anhänger zu finden. Dort geht man wohl davon aus, dass primäres Ziel der russischen Außenpolitik ist, einem Hegemonialstreben der U.S.A. entgegen zu treten und eine multipolare Weltordnung zu befördern.

Diese Ursachen und Motivforschung wurden von den Vertretern der Politik überwiegend geteilt. Herr Wellmann von der CDU sprach zunächst die Fehler des Westens an, so vor allem die Ansicht, die eigenen Werte und Vorstellungen transportieren zu können. Dieser Aussage schloss sich Herr Dr. Alexander Neu als Vertreter der Linken pointiert an.

Zwischen Grünen und der FDP gab es insoweit Übereinstimmungen, als dass sie eine Mitschuld des Westens an der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland in weit geringerem Maße anzuerkennen bereit sind. Sowohl Frau Leutheusser-Schnarrenberger als auch Herr Sarrazin verorteten die Verantwortung für den entstandenen Konflikt vor allem bei Russland.

Herr Thönnies von der SPD versuchte weniger der Frage nachzugehen, wer am gegenwärtigen Konflikt schuld sei, sondern konzentrierte sich vielmehr darauf, wie eine Annäherung an Russland wieder erreicht werden könne. Dieser Pragmatismus lässt sich wiederum als Indiz im Hinblick auf die Frage werten, welche Bedeutung der Menschenrechtssituation in einem Land für die außenpolitischen Beziehungen beigemessen werden sollte. Dass sich diese in Russland im Hinblick auf die politischen Freiheiten verschlechtert hat, war einhellige Meinung. Keinen Konsens gab es aber in dem Punkt, welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien. Frau Leutheusser-Schnarrenberger und Herr Sarrazin neigten dazu, der Menschenrechtssituation in Russland eine zentrale Bedeutung bei der Ausgestaltung der Beziehungen beizumessen und Herr Dr. Neu mahnte insoweit eine Gleichbehandlung aller Staaten an, etwa im Hinblick auf China oder die Arabischen Staaten. Die Vertreter der Großen Koalition hingegen gaben zwar nicht explizit, aber doch durch ihre Schwerpunktsetzung zu erkennen, dass sie die Menschenrechtssituation zwar als wichtigen aber nicht ausschließlichen Faktor der Ausgestaltung der außenpolitischen Beziehungen akzeptieren.

Eine Bewertung der Mittel der russischen Außenpolitik in der Ukraine und Syrien oder Versuche einer Einflussnahme auf die Innenpolitik westlicher Staaten erfolgte nur kurz, da insoweit weitgehend Einigkeit zu herrschen scheint. Sie wurden auf russischer Seite als völkerrechtswidrig verurteilt. Nicht zur Sprache kam, ob dieser Vorwurf nur Russland zu machen ist oder ob der Westen sich seinerseits vergleichbare Verfehlungen hat zu Schulden kommen lassen.

Eine Gemeinsamkeit deutete sich bei allen Parteien an: die deutsche Außenpolitik könne nur im Verbund mit der Europäischen Union Erfolg haben. Anerkannt wurde ferner, dass zurzeit das Vertrauen zwischen der westlichen Seite und Russland zerrüttet ist. Eine Ursache liege in der unterschiedlichen Wahrnehmung der Handlungen aus der Sicht des jeweils anderen. So wurde auf westlicher Seite die NATO-Osterweiterung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gerechtfertigt, von russischer Seite aber als ein Bruch der (unverbindlichen) Zusage, eben jene Osterweiterung nicht vorzunehmen. Empfundener wird sie nach offizieller russischer Lesart als Bedrohung auch sicherheitspolitischer Interessen. Unterschiede wurden dann wieder in dem Grad an Verständnis deutlich, dass man gegenüber der russischen Führung für diese Wahrnehmung aufzubringen bereit ist. Für einige war der Einwand eher vorgeschoben, für andere legitim. Die Frage, ob der Tatbestand der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Völker Osteuropas grundsätzlich geeignet ist, den russischen Vorwurf der Verletzung von Sicherheitsinteressen auszuschließen, wurde nicht diskutiert. Der Ausschluss Russlands aus den Gesprächen über die Integration der Ukraine in die EU wurde wiederum, mehrheitlich als Fehler qualifiziert. Auch bei den Sanktionen herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass eine Reaktion des Westens erforderlich war und diese vergleichsweise milde ausgefallen seien.

Nicht zur Sprache kam, wie Europa mittel- und langfristig auf die Ziele der russischen Außenpolitik reagieren soll, ob man die russische Wahrnehmung der Ziele der amerikanischen Außenpolitik teilt, in welchem Maße Europa eigenständige Interessen formulieren und durchsetzen und welche Rolle Russland in Europa einnehmen soll.

Angesichts des Zustands der EU ist verständlich, wenn die Politiker hier zurückhaltend auftraten. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in den Nachbarstaaten steht aber zu vermuten, dass diese Fragen nicht mehr länger einer Entscheidung harren können.

## **C. Die Wirtschaft und ihre Verbände**

Wenn es eine Gemeinsamkeit bei den auf dem zweiten Panel vertretenen Meinungen der Parteien gab, so dann diese: Die deutsche Wirtschaft erkennt das Primat der Politik an, versucht aber innerhalb des ihr so gesteckten Rahmens eigene Wege zu gehen. Man will also von Seiten der Wirtschaft nicht gegen die Politik opponieren, was über Lobby-Organisationen bzw. Verbände durchaus möglich wäre. Man arrangiert sich mit den Sanktionen und versucht im Rahmen dieser sein Geschäft zu entwickeln. Damit überlässt die Wirtschaft quasi kampflös das Verhältnis zu Russland der Politik.

Den Fachmedien wurde wie den Medien insgesamt der Vorwurf einer einseitig negativen Berichterstattung und Vereinfachung gemacht, was diese von sich wiesen. Für Russland gingen die Diskutanten von einer einheitlichen Machtstruktur mit Putin an der Spitze aus. Die Frage, ob dies den

Realitäten entspricht, oder Putin eher die Funktion eines Moderators verschiedener Einflussgruppen einnimmt, kam nicht zur Sprache.

Mit Blick auf China war der Hinweis interessant, dass die russisch-chinesischen Handelsbeziehungen nicht angestiegen seien, sondern in einem vergleichbaren Maßstab ebenfalls abgenommen hätten. Das heißt, dass die in Aussicht gestellte Abwendung vom Westen bislang nicht eingetreten ist.

Soweit die Verbandsvertreter überhaupt darauf eingingen, wurde die russische Wirtschaftspolitik kritisiert. Ein Modell, mittels dessen man sich aus der einseitigen Orientierung am Export von Ressourcen lösen könne, sei nicht ersichtlich. Zudem käme es zu Benachteiligungen sowohl von mittelständischen Unternehmen insgesamt als auch von ausländischen mittelständischen Investoren.

Tatsächlich hätte Russland nach der Stabilisierung in den Jahren von 1998-2008 einen wirtschaftlichen Umschwung gebraucht. Als Präsident begann Medvedjev 2008 zaghaft, die russische Wirtschaft auf mittelständische Industrien umzustellen. Seit der erneuten Präsidentschaft Putins sind hier allerdings kaum mehr Ansätze ersichtlich. Auch benachteiligt die Lokalisierungs-Politik tatsächlich insbesondere ausländische mittelständische Unternehmen, da für die Produktion im russischen Inland und einen entsprechenden Sonderinvestitionsvertrag erhebliche Investitionen notwendig sind, die in der Regel die Möglichkeiten mittelständischer Unternehmen überschreiten.

Insgesamt kann man sagen, dass die Verbände im Hinblick auf die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage kaum Unterschiede zeigen und sich im Wesentlichen auf die Interessenvertretung ihrer Mitglieder fokussieren. Man hat den Eindruck, dass sie im Hinblick auf die Politik sich kaum ihrer Macht bewusst sind und von der aktiven Gestaltung politischer Prozesse zurückschrecken.

## **D. Die Wissenschaft**

Bei den Bewertungen der Handlungen der russischen Seite bestand weitgehend Einigkeit. Die Einschätzung, dass das russische Vorgehen auf der Krim und der Ostukraine völkerrechtswidrig ist, wurde geteilt. Auch, dass in Russland gegenwärtig die Freiheitsrechte beschnitten würden, wurde von niemandem bestritten. Heftig umstritten war allerdings die Frage, ob das Vorgehen Russlands auf der Krim als Annexion im klassischen völkerrechtlichen Sinne zu bewerten sei.

Tatsächlich lieferten sich Herr Professor Luchterhandt und Herr Professor Merkel einen Disput über diese Frage, wodurch vor allem zum Ausdruck kommt, dass auch das Völkerrecht von der jeweiligen Interpretation abhängig ist und somit auch Vorsicht geboten ist, wenn dieses zur Legitimation eines politischen Handelns herangezogen wird.

Umstritten war auch die Frage, ob sich der Westen durch die NATO Osterweiterung mitschuldig gemacht habe. Zwar fiel die Bemerkung, der Westen habe gegenüber Russland zumindest mündlich die Zusage gegeben, die NATO nicht auszudehnen. Während die Politiker eher geneigt waren, dem

zuzustimmen, betonte Professor Luchterhandt, dass der Westen Russland bei Angeboten zur Integration weit entgegen gekommen sei.

Im Rahmen der Wissenschaft ist auch umstritten, wie der Ursachenzusammenhang bzw. die Motivation für das Handeln Russlands zu bewerten ist. Während die eine Seite die russischen Handlungen als Reaktion auf westliches Vorgehen beschreibt, gehen andere davon aus, Russland folge einem revisionistischen Plan, den russischen Einflussbereich soweit möglich über alle Länder der ehemaligen Sowjetunion wieder herzustellen.

Auch im Hinblick auf die Interessen Russlands besteht in der Wissenschaft kein Konsens. So vermutet eine wissenschaftliche Auffassung, das Handeln Russlands orientiere sich an den Interessen am Machterhalt der gegenwärtigen russischen Eliten. Ob dieses Interesse eine Expansion der Einflussphäre mit umfasst und die Sabotage alternativer Politikmodelle in der Ukraine, bleibt dabei ebenso offen wie die Frage, ob man sich die russische Elite als einen monolithischen Block vorzustellen habe, der außenpolitisch an einem Strang ziehe, oder nicht.

Wissenschaft soll eigentlich Erkenntnisse hervorbringen. Die Diskussion zeigte jedoch, dass die meisten Punkte – sowohl im Hinblick auf die Ursachenforschung, als auch im Hinblick auf die Bewertung des Handelns Russlands – heftig umstritten sind.

## E. Ergebnisse

1. Die Unterscheidung von „Russland-Verstehern“ und „Russland-Gegnern“ ist ein Zerrbild, das der polemischen Beschreibung der gegnerischen Position dient.
2. Im Zusammenhang mit der Russland-Problematik verwischen die Konturen der Parteien im Hinblick auf die traditionelle Einordnung zwischen links und rechts.
3. Kern der Unterschiede zwischen den Positionen der Parteien sind die Bewertungen der Ursachen für den gegenwärtigen Konflikt zwischen Russland und dem Westen.
4. Dissens besteht weniger hinsichtlich der Frage der Nachvollziehbarkeit der Handlungen der russischen Seite, als vielmehr der Einschätzung der Ziele der russischen Eliten und der Handlungsmöglichkeiten des Westens.
5. Einigkeit konnte festgestellt werden hinsichtlich der Notwendigkeit der Einbindung der deutschen Außenpolitik in die der EU. Keine Einigkeit bestand dagegen bei der Frage, ob und in welchem Maße diese Außenpolitik Eigenständigkeit gegenüber den U.S.A. aufweisen sollte.
6. Nicht in Frage gestellt wurde die Einschätzung, dass in Russland die Freiheitsrechte beschnitten würden und es versäumt worden sei, die Wirtschaft aus der Ausrichtung auf den Export von Rohstoffen zu lösen.

7. Umstritten blieb, ob das russische Verhalten eher reaktiv zu erklären ist, als Abwehr westlicher Expansionsbemühungen, oder Ausdruck einer revisionistischen Tendenz, die das Ziel der Wiederherstellung der Sowjetunion verfolgt.
8. Weitgehender Konsens bestand hinsichtlich der Sanktionen insoweit, als ihre Einführung gerechtfertigt war, ihre wirtschaftlichen Auswirkungen aber eher gering sind. Umstritten blieb, ob ihre Aufhebung erst aufgrund einer vollständigen Umsetzung von Minsk II in Betracht kommt oder bereits im Fall substantieller Fortschritte.
9. Es fehlt an einer klaren Strategie des Westens, ob und in welchem Rahmen eine Integration Russlands in den europäischen Wirtschafts- und Sicherheitsraum angestrebt werden soll.
10. Die Ukraine hat sich für eine solche Integration entschieden. Allerdings sei die Unterstützung Europas bislang unzureichend. Die Schwierigkeiten, vor denen die Ukraine steht, werden im Westen noch nicht in ihrer Reichweite erkannt.
11. Umstritten blieb die Frage der Werteorientierung der Außenpolitik. Einigkeit bestand hier insofern, als es nicht zu unterschiedlichen Standards kommen dürfe. Dabei seien jedoch die Selbstbindungen, die Russland insbesondere durch die Mitgliedschaft im Europarat eingegangen sei, zu berücksichtigen.
12. Einigkeit bestand dahingehend, dass derzeit visionäre Projekte wie eine Modernisierungspartnerschaft oder eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok wenig Chancen haben. Die Aufgabe der Politik sei es, vorerst mittels kleiner Schritte für Fortschritte zu sorgen. Diese seien möglich im Bereich der Visa-Fragen, der Terrorbekämpfung, der Sicherheit durch gemeinsame Institutionen (NATO-Russland Rat, G8).
13. Die Wirtschaft anerkennt durchweg das Primat der Politik und versucht, sich zugunsten pragmatischer Lösungen für ihrer Mitglieder mit der Situation zu arrangieren. Öffentlicher Druck auf die Politik wird nicht angestrebt.
14. Die Wissenschaft bietet kein einheitliches Bild bei der Bewertung der Handlungen Russlands. Keine Einigkeit wurde u.a. dahingehend erzielt, ob das Vorgehen Russlands auf der Krim als Annexion im klassischen Sinne zu werten ist oder ein Völkerrechtsverstoß milderer Schwere.
15. Dasselbe gilt für die Bewertung der Ursachen des Konfliktes. Während eine Meinung in der Wissenschaft davon ausgeht, dass der Konflikt vor allem durch die russische Elite hervorgerufen wird, die von inneren Problemen ablenken will, so geht die Gegenmeinung davon aus, dass das Handeln Russlands durch das Verhalten des Westens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion provoziert wurde.

©Ostinstitut Wismar, 2016  
Alle Rechte vorbehalten  
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:

Prof. Dr. Otto Luchterhandt,  
Dimitri Olejnik,  
Dr. Hans-Joachim Schramm  
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar  
Philipp-Müller-Straße 14  
23966 Wismar  
Tel +49 3841 753 75 17  
Fax +49 3841 753 71 31  
office@ostinstitut.de  
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751